

Vorwort

Das Schlagwort der „Korruption im Gesundheitswesen“ macht seit einigen Jahren vermehrt auch in Kreisen der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte die Runde. Seit dem Jahre 2004 haben die gesetzlichen Krankenkassen Stellen zur Bekämpfung von Fehlverhalten im Gesundheitswesen eingerichtet. Nach dem gesetzlichen Auftrag in § 197 a SGB V ist es Aufgabe dieser Einrichtungen, Fällen und Sachverhalten nachzugehen, die auf Unregelmäßigkeiten oder auf rechtswidrige oder zweckwidrige Nutzung von Finanzmitteln im Zusammenhang mit den Aufgaben der jeweiligen Krankenkasse oder des jeweiligen Verbandes hindeuten. Ergänzend verpflichtet § 81 a SGB V die Kassenärztlichen Vereinigungen zur Einrichtung von Stellen, welche mit denselben Aufgaben wie die Krankenkassen beauftragt sind. Beide Parallelvorschriften sehen vor, dass in Verdachtsfällen auf strafbare Handlungen mit nicht nur geringfügiger Bedeutung für die Gesetzliche Krankenversicherung die zuständigen Staatsanwaltschaften unterrichtet werden sollen.

Dieser vom Gesetzgeber verordnete und von den Trägern und Selbstverwaltungseinrichtungen der Gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommene Kampf gegen die Korruption im Gesundheitswesen ist mittlerweile auch bei den Vertragsärzten und Vertragszahnärzten angekommen. Viele solcher eingeleiteten Verfahren sind für die betroffenen Vertragsärzte und Vertragszahnärzte mit völlig neuen Erfahrungen verbunden. Vertragsärzte waren bisher von Vorwürfen der Bestechung und Bestechlichkeit weitgehend verschont; als eigene/r Herr/Frau im eigenen Praxisunternehmen genossen sie den Schutz von Freiberuflichkeit, Unabhängigkeit und Grundgesetz. Der ärztliche Beruf ist kein Gewerbe und seiner Natur nach ein freier Beruf. So heißt es nach wie vor in § 1 Abs. 1 der (Muster-)Berufsordnung für die deutschen Ärztinnen und Ärzte.

Ausgehend von den genannten Vorschriften zur Bekämpfung von Fehlverhalten im Gesundheitswesen könnte es mit diesen liebgewonnenen Freiheiten in strafrechtlicher Hinsicht bald vorbei sein, wenn man den Ausführungen der ersten in diesem Zusammenhang ergangenen obergerichtlichen Entscheidungen glauben will. Diese gerichtlichen Entscheidungen dürften für viele Vertragsärzte überraschend sein und die strafrechtliche Relevanz der vertragsärztlichen Tätigkeit in der Zukunft neu beleben. Bisher jedenfalls wurde die Frage, ob ein niedergelassener und zur vertragsärztlichen

Tätigkeit zugelassener Arzt „Beauftragter des geschäftlichen Betriebs der Krankenkasse“ im Sinne der Bestechlichkeitsdelikte des § 299 des Strafgesetzbuches (StGB) sein kann, bei Staatsanwaltschaften, Gerichten, ärztlichen Standesorganisationen und Medizinjuristen eher stiefmütterlich behandelt.

Daneben haben sich mit dem Vertragsarztrechtsänderungsgesetz und dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG) überaus komplexe Kooperationsstrukturen im Vertragsarztrecht entwickelt. Die Gesundheitspolitik will mit ihren Gesundheitsstruktur- und Modernisierungsgesetzen eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den niedergelassenen Ärzten untereinander und den niedergelassenen Ärzten einerseits und stationären Einrichtungen andererseits fördern. Zudem versuchen viele niedergelassene Ärztinnen und Ärzte durch eine Anbindung an klinische Einrichtungen ein zusätzliches Standbein zu begründen, da die im Rahmen der Versorgung der gesetzlich krankenversicherten Patienten erzielbaren Honorare in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen sind. In Folge dieser Struktur- und Kooperationsentwicklungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung haben sich in jüngster Zeit viele ungelöste rechtliche Probleme ergeben, welche ebenfalls strafrechtlich relevante Sachverhalte nach sich ziehen.

Die Vertragsärzte in Klinik und Praxis geraten in diesen Zusammenhängen zunehmend in strafrechtlich relevante Konfliktsituationen, die sich für sie als **unerwartet** darstellen. In solchen Situationen rechnen sie nicht damit, dass ihr Handeln auch spezifisch strafrechtlichen Anforderungen gerecht werden muss. Daneben sind Konfliktsituationen des ärztlichen Berufsalltags auszumachen, in denen sich die Frage stellt, ob das jeweilige ärztliche Handeln in Anbetracht des verfolgten gesundheitspolitischen Zwecks überhaupt strafbar sein sollte. Eine extensive Ausdehnung der Straftatbestände führt insofern häufig zu **unerwünschten** Strafbarkeitsrisiken.

Die Deutsche Gesellschaft für Medizinrecht (DGMR) e.V. hat sich dieses medizinrechtlichen Spannungsfeldes angenommen und vom 22. bis 24. Oktober 2010 in Einbeck dazu eine ihrer traditionellen Arbeitstagen durchgeführt. Hierzu konnten namhafte Referenten und Diskutanten gewonnen werden, die sich in Lehre und Praxis mit der gesetzten Thematik bereits eingehend beschäftigt haben. Die DGMR ist damit ihrer satzungsgemäßen Aufgaben verpflichtet geblieben, auf dem Gebiet des Medizinrechts wissenschaftlich tätig zu sein, die interdisziplinären Beziehungen zwischen Recht und Medizin zu vertiefen und für ein besseres wechselseitiges Verständnis beizutragen.

Das abschließende Ergebnis des Workshops ist in einem Empfehlungstext festgehalten, den die Beteiligten in der hier vorliegenden Fassung ver-

abschiedet haben. Es ist damit gelungen, Empfehlungen zu erarbeiten, die von allen Beteiligten des Workshops getragen werden und welche der Lehre und Rechtsprechung, aber auch den Selbstverwaltungsorganisationen im Gesundheitswesen und der Legislative neue Impulse verleihen sollen.

Besonderer Dank gebührt an dieser Stelle allen Beteiligten, die in kenntnisreichem und engagiertem Einsatz zum Gelingen der vorliegenden Publikation beigetragen haben. Hervorheben möchten die Herausgeber hierbei insbesondere das Engagement der Referenten und die maßgebliche Hilfe des Springer-Verlages, ohne deren Unterstützung die Publikation des vorliegenden Werkes nicht möglich gewesen wäre.

Die Herausgeber und die DGMR hoffen, dass das vorliegende Werk einen konstruktiven Beitrag und insbesondere einen Anstoß zur weiterführenden juristischen Debatte um das Arztbild der Zukunft leistet.

Köln im Mai 2011

Rechtsanwalt Dr. A. Wienke
Präsident der DGMR e.V.

Der Arzt im Wirtschaftsstrafrecht
Abkehr von unerwünschten und unerwarteten
Strafbarkeitsrisiken in der vertragsärztlichen
Berufsausübung
Wienke, A.; Janke, K.; Kramer, H.-J. (Hrsg.)
2011, XII, 86 S., Softcover
ISBN: 978-3-642-19119-0